



Arbeitskreis der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

## ***Perspektiven für die Region: Umdenken!***

### **Wo stehen wir Heute? Ein Blick zurück.**

Eines der wesentlichen Anliegen des Arbeitskreises für Kommunalfragen der Region Kassel (AFK) an die Verantwortlichen der Stadt und des Landkreises Kassel ist seit vielen Jahren die Neuordnung von Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten.

Zielsetzung des AFK im Sinne der Unternehmen ist es, darauf hinzuwirken, dass die Kosten in den Haushalten von Stadt und Landkreis gesenkt werden, um die Haushalte damit zu entschulden. „Sparen – Konsolidieren – Entschulden“ ist nach wie vor unsere Forderung.

In den letzten 15 Jahren hat der AFK der Region Kassel immer wieder mit Nachdruck auf den wachsenden Problemstau hingewiesen, der durch fehlende Strukturreformen entsteht. Nachhaltige Forderungen des AFK durch öffentliche Stellungnahmen, politische Hintergrundgespräche, Gremiensitzungen und Vortragsveranstaltungen zum Thema wurden stets von Politik, Öffentlichkeit und Wirtschaft honoriert; ein entscheidender Schritt zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen ist bis heute jedoch nicht in Sicht. Das von der Stadtverordnetenversammlung und dem Kreistag beschlossene Konzept zu einer Regionalreform ist politisch gescheitert.

Der AFK der Region Kassel nimmt die aktuelle Situation zum Anlass, eine Zäsur vorzunehmen und die Position der Wirtschaft neu zu formulieren. Hierzu beleuchtet er die aktuellen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Entwicklungen.



## Arbeitskreis der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

### **Wo stehen die Kommunen heute?**

Der demografische Wandel stellt viele Kommunen zunehmend vor große Probleme.

- Rückläufige Geburtenraten einerseits, Anstieg der Generation der über 70-jährigen andererseits und „Landflucht“ der lohnabhängig Beschäftigten zugunsten des Oberzentrums Kassel führen zu sinkenden Einnahmen durch Verlust des Anteils an der Einkommenssteuer und Mehrbelastungen durch die Aufrechterhaltung der Grundversorgung.
- Immer weniger Kommunen gelingt es, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Der Schutzschirm der Hessischen Landesregierung entschuldet zwar teilweise die betreffenden Kommunen, fordert hingegen nachhaltige Sparmaßnahmen mit dem Ziel, mittelfristig ausgeglichene Haushalte aufzustellen und Defizite abzubauen.
- Durch steigende, fachliche Anforderungen an die Mitarbeiter in der kommunalen Verwaltung werden diese immer mehr überfordert. Als Beispiele seien hier die Einführung der Doppik, die komplexe Gesetzesflut (z. B. bei der Bauplanung) oder die Umsetzung stetig zunehmender EU-Vorschriften genannt.
- Schrumpfende Kommunen halten dieselben Dienstleistungen für immer weniger Bürger vor.
- Immer höhere Anforderungen zur Abwicklung von Verwaltungstätigkeiten durch moderne DV-Systeme und an die Datensicherheit überfordern kleinere Kommunen.

### **Perspektiven für die Region: Umdenken!**

Positionspapier des Arbeitskreises der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

Seite 2, 26. März 2015



## Arbeitskreis der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

### Wie sehen die politischen Rahmenbedingungen aus?

- In Stadt und Landkreis liegen die Beschlüsse der politischen Gremien für einen „Regionalkreis Kassel“ vor.
- Offensichtlich sind Ziele und Nutzwerte eines Regionalkreises an der Basis, sprich den Bürgermeister/innen der Landkreiskommunen, nicht hinreichend und plausibel kommuniziert.
- Die Opposition in Stadt und Landkreis Kassel kritisiert das vorliegende Konzept als nicht weitreichend genug.
- Die Landesregierung aus CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürchtet ein zunehmendes Gefälle zwischen einem zukünftigen Regionalkreis Kassel und den angrenzenden Landkreisen. Sie setzt die Hürden unüberwindbar hoch (Kassel soll kreisfrei bleiben, Schlüsselzuweisungen sollen sich nicht ändern, Kassel-Gesetz soll nicht geändert werden).
- Politisch lässt sich das Thema nicht positiv besetzen: Dem Wähler liegt eine Strukturreform „Regionalkreis Kassel“ fern; er sieht für sich keine unmittelbaren Vorteile.
- Die hessische Landesregierung in ihrer aktuellen politischen Konstellation wird die vorliegende Regionalreform nicht unterstützen.



## Arbeitskreis der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

### **Wo steht unsere Wirtschaft heute?**

- Deutschland ist nach wie vor wirtschaftlich gut aufgestellt; besser als viele europäische Nachbarstaaten. Doch es gibt Anzeichen, dass sich dies ändern könnte: staatliche Überregulierung, zunehmende Bürokratie, vergleichsweise hohe Energiekosten und Zusatzlasten wie die Rente mit 63 oder der Mindestlohn wären hier zu nennen. Daneben lässt die aktuelle weltpolitische Situation befürchten, dass Kriege, Unruhen, Krisenherde das globale Gesamtgefüge destabilisieren werden.
- Dies bleibt nicht ohne Folgen für die deutsche Volkswirtschaft: Investitionen werden hierzulande deutlich vorsichtiger getätigt, Umsätze und Gewinne sind längerfristig vom Rückgang bedroht, die Beschäftigung wird – demografisch oder arbeitsmarktbedingt – sinken. Ergo werden die Einnahmen aus Gewerbe- und Lohnsteuer für Bund, Länder und Kommunen sinken. Die Ausgaben-seite wird weiter durch höhere Anforderungen und Ansprüche an den Staat steigen.

### **Wo steht unsere Gesellschaft heute?**

Insgesamt sind verschiedene Trends zu beobachten:

- Das Interesse an Politik und das Engagement für das Gemeinwohl sinken. Beispielhaft seien die schlechten Wahlbeteiligungen sowie starkes Desinteresse an politischem Engagement in großen Teilen der Jugend genannt.
- Gleichzeitig gelingt es kleinen Gruppierungen, ihre eigenen Interessen medial wirkungsvoll zu artikulieren und durchzusetzen – in aller Regel im Sinne der

#### **Perspektiven für die Region: Umdenken!**

Positionspapier des Arbeitskreises der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

Seite 4, 26. März 2015



## Arbeitskreis der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

Verhinderung von Vorhaben. Dies betrifft sowohl organisierte als auch nicht organisierte Interessengruppen.

- Das „Sankt Florian-Prinzip“ führt zu unsolidarischem Verhalten im Sinne eines allgemeinen Gesamtwohls. Die Generationengerechtigkeit verliert zunehmend an Wert.
- Anspruchsdenken und Vollversorgungsmentalität stehen sich verschlechternden wirtschaftlichen Kennzahlen gegenüber, z. B. Rente mit 63, steigende pro-Kopf-Verschuldung, Protest gegen notwendige Einschränkungen.

### **Resümee**

- Der AFK der Region Kassel sieht das bisherige Konzept „Regionalkreis Kassel“ als derzeit nicht umsetzbar an.
- Der AFK der Region Kassel vertritt auch weiterhin die Ansicht, dass kleinteilige, kostenintensive und leistungsschwache politische Einheiten nicht mehr überlebensfähig und zeitgemäß sind.
- Der AFK der Region Kassel sieht als Fernziel eine Verwaltungsreform und damit das Zusammenwachsen der Region als einzige Chance an, im Wettbewerb der Regionen bestehen zu können und damit den Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit zu sichern.



## Arbeitskreis der Wirtschaft für Kommunalfragen der Region Kassel

### **Forderungen der Wirtschaft an die Politik:**

- Der AFK fordert, die ins Stocken geratene Verwaltungsreform im Sinne von Zusammenlegung von Ämtern, weiter zu betreiben. Hierbei sollte z. B. über vereinfachte Abrechnungsmethoden (pauschale Berechnungen gegenseitiger Leistungen) nachgedacht werden.
- Der AFK der Region Kassel fordert die Vertreter/innen der Landkreiskommunen auf, kurz und mittelfristig Verwaltungsgemeinschaften zu bilden und langfristig ein Zusammenwachsen zur „Region Kassel“ anzustreben.
- Der AFK fordert die Stadt und den Landkreis auf, Bestrebungen der Landkreiskommunen im Hinblick auf Verwaltungsgemeinschaften sowie die Verschlankung von Verwaltungsprozessen zu unterstützen.

Der AFK fordert die Landesregierung auf, einen gesteuerten Reformprozess zu initiieren und zu gestalten, der der demografischen Entwicklung sowie den erwähnten wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Wir zitieren in diesem Zusammenhang die Aussage im Koalitionsvertrag, dem Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit eine große Bedeutung beimessen und Anreize dafür bieten zu wollen: „In Ergänzung zur Prüfung bestehender Verwaltungsstrukturen in Bezug auf Effizienz und Zukunftsfähigkeit“ sieht die Landesregierung „weitere Möglichkeiten unter anderem in der freiwilligen Bildung von Verbandsgemeinden als zusätzlichem Organisationsmodell für die Verwaltungszusammenarbeit oder im Ausbau von Beratungsstrukturen.“

Kassel, 26. März 2015